GLOBAL 09.11.2026 | Tina Blohm & Yvonne Blos

Allen Widrigkeiten zum Trotz

Die Welt ist zerstritten, die Klimakrise spitzt sich zu. Die COP31 muss beweisen, dass internationale Zusammenarbeit trotzdem noch funktioniert.

Die gerade laufende Klimakonferenz in Antalya findet in einer schwierigen Lage für die internationale Klimadiplomatie statt. Geopolitische Konflikte und der Rückzug der USA erschweren die multilaterale Zusammenarbeit. Gleichzeitig verschärft sich die Klimakrise und die Überschreitung der 1,5-Grad-Grenze wird immer unausweichlicher. In den USA werden Klimaschutzmaßnahmen zurückgenommen und wissenschaftliche Erkenntnisse infrage gestellt. Auch andernorts erleben fossile Energien eine Renaissance. Und während der Finanzierungsbedarf für klimapolitische Maßnahmen steigt, werden öffentliche Mittel gekürzt.

Der weltweite Ausbau erneuerbarer Energien macht dennoch Hoffnung. Er verändert Energiesysteme und schafft neue wirtschaftliche Perspektiven. Auch das Pariser Klimaabkommen von 2015 bleibt ein historischer Erfolg. Es hat einen gemeinsamen Rahmen geschaffen, in dem sich nahezu alle Staaten zum Klimaschutz verpflichtet haben.

Wer von der COP31 in der Türkei den nächsten historischen Durchbruch erwartet, verkennt ihre eigentliche Aufgabe. In Zeiten geopolitischer Konflikte muss sie vor allem beweisen, dass internationale Klimapolitik noch handlungsfähig ist – und dass aus längst vereinbarten Zielen endlich konkrete Maßnahmen werden.

Denn die grundlegenden Regeln des Pariser Abkommens sind weitgehend ausgehandelt. Die zentrale Aufgabe besteht also nicht darin, neue Ziele zu verkünden. Die COP31 muss vielmehr Fortschritte bei bestehenden Zielen ermöglichen, deren Umsetzung kontrollieren, politischen Druck erzeugen und deutlich machen, dass die internationale Gemeinschaft am gemeinsamen klimapolitischen Kurs festhält. Wenn Verhandlungen im Konsens nicht schnell genug vorankommen, müssen Allianzen der Willigen vorangehen – nicht als Alternative zu den UN-Klimaverhandlungen, sondern als sinnvolle Ergänzung zum multilateralen Prozess.

Die COP31 bietet auch die Gelegenheit, die Zusammenarbeit mit Mittelmächten wie der Türkei zu stärken.

Die COP31 bietet auch die Gelegenheit, die Zusammenarbeit mit Mittelmächten wie der Türkei zu stärken. Die Türkei übernimmt die Präsidentschaft und richtet die Konferenz aus, während Australien die Verhandlungen leitet. Diese ungewöhnliche Arbeitsteilung könnte neue Möglichkeiten eröffnen, unterschiedliche Interessen zusammenzubringen.

Gleichzeitig stehen Opposition, Zivilgesellschaft und kritische Medien in der Türkei unter immensem politischem Druck. Widersprüche in der nationalen Klima- und Energiepolitik könnten die Glaubwürdigkeit der Türkei zudem schwächen. Die Austragung der COP in der Türkei bietet daher zwei Chancen: zum einen, die klima- und energiepolitischen Ziele des Landes kritisch zu hinterfragen, und zum anderen, internationale Solidarität mit der türkischen Klimabewegung und der kritischen Zivilgesellschaft zu zeigen.

Auch wenn Entwicklungen in Partnerländern kritisch zu bewerten sind, bleibt es richtig, alle Möglichkeiten der Kooperation auszuschöpfen. Gleichzeitig braucht es einen offenen Dialog über kritische Themen, um die Klima- und Energiepolitik stärker in der Gesellschaft zu verankern und eine breite Beteiligung zu ermöglichen. Ein wichtiger Maßstab für den Erfolg der türkischen COP-Präsidentschaft wird daher auch sein, ob die türkische Zivilgesellschaft ihre Positionen frei äußern und sich wirksam in die Diskussionen rund um die Konferenz einbringen kann.

Viele setzen wiederum auf die australische Verhandlungsführung und hoffen auf Fortschritte beim Ausstieg aus fossilen Energien und bei der Senkung der CO_2-Emissionen. Der Abschied von Kohle, Öl und Gas gehört zu den entscheidenden Aufgaben unserer Zeit. Er ist nicht nur eine klimapolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage wirtschaftlicher und geopolitischer Sicherheit. Energiekrisen haben wiederholt gezeigt, wie verwundbar Volkswirtschaften sind, wenn sie von fossilen Importen abhängig bleiben.

Eine internationale „Roadmap“ für den Ausstieg aus fossilen Energien kann auf der COP31 konkrete Fortschritte ermöglichen. Deutschland hat mit seiner eigenen Roadmap zum fossilen Ausstieg bereits ein wichtiges Signal gesetzt. Nun kommt es darauf an, gemeinsam mit anderen Staaten voranzugehen. Wo der multilaterale Konsens nicht ausreicht, können Koalitionen der Willigen zeigen, dass der Wandel dennoch vorangeht.

Wie groß die Herausforderungen sind, zeigt ausgerechnet das

Gastgeberland. Die Türkei setzt zwar auf Elektrifizierung, erzeugte 2025 aber noch mehr als die Hälfte ihres Stroms aus Kohle und Erdgas. Einen Plan für den Ausstieg aus fossilen Energien hat sie bislang nicht vorgelegt. Die COP-Präsidentschaft bietet Ankara damit auch die Gelegenheit, den eigenen klimapolitischen Ambitionen konkrete Taten folgen zu lassen.

Eine weitere Bewährungsprobe ist die Klimafinanzierung. Industrieländer fordern mehr Ehrgeiz bei der Emissionsminderung. Die Länder des Globalen Südens verlangen wiederum zu Recht, dass sie dabei finanziell unterstützt werden. Der zentrale Konflikt der jährlichen Klimaverhandlungen bleibt dabei weiterhin ungelöst: Klimafinanzierung bleibt der Zankapfel aller COPs.

Auf der COP29 in Baku wurde zwar vereinbart, dass Industrieländer bis 2035 jährlich mindestens 300 Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung bereitstellen sollen. Die Lücke zwischen diesem Ziel und den bereitgestellten Mitteln ist jedoch gewaltig – und wird aktuell immer größer. Auch in Deutschland gehen die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit – und damit auch für internationalen Klimaschutz – immer weiter zurück.

Wer ambitioniertere Klimaschutzmaßnahmen verlangt, aber finanzielle Zusagen nicht einhält, untergräbt jedoch die Bereitschaft zur globalen Zusammenarbeit. Kürzungen können daher nicht die Antwort sein. Innovative Instrumente wie internationale Abgaben auf besonders klimaschädliche Aktivitäten in der Luft- und Schifffahrt, Entschuldung oder eine internationale Vermögenssteuer können dazu beitragen, neue Mittel zu mobilisieren, ohne die öffentlichen Haushalte weiter zu belasten. Auch hier sind globale Vorreiterallianzen denkbar.

Klimaschutz kann zudem nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn er sozial gerecht gestaltet wird. Menschen müssen erleben, dass sie die Belastungen nicht allein tragen, sondern auch von neuen Arbeitsplätzen, sauberer Energie, besseren Lebensbedingungen und wirtschaftlichen Chancen profitieren. *Just Transition* ist daher eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass Klimapolitik gesellschaftlich akzeptiert wird und dauerhaft Wirkung entfalten kann. Das gilt für Industrieländer ebenso wie für Länder des Globalen Südens, die ihre wirtschaftliche Entwicklung mit dem Umbau ihrer Energiesysteme verbinden müssen.

Die COP31 braucht keine bahnbrechenden neuen Beschlüsse.

Die COP30 in Brasilien hat mit dem Beschluss, einen internationalen Mechanismus für einen sozial gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft (*Just Transition*) zu entwickeln, einen wichtigen historischen Erfolg

erzielt, der viel zu wenig beachtet wurde. Nun muss daraus ein globales Instrument für sozial gerechten Klimaschutz werden, das die internationale Zusammenarbeit verbessert, gemeinsame Kriterien fördert und bestehende Initiativen miteinander verbindet.

Das Beispiel Türkei zeigt: *Just Transition* darf nicht nur gesetzlich verankert werden, sondern muss auch unter aktiver Beteiligung der Gewerkschaften gestaltet werden. Zwar definiert das türkische Klimagesetz von 2025 *Just Transition* als Begriff und es finden erste Konsultationsprozesse unter Beteiligung der Sozialpartner statt. Inwieweit diese Prozesse tatsächlich inklusiv sind und eine wirksame Beteiligung von Gewerkschaften, Kommunen und der Klimabewegung ermöglichen, lässt sich jedoch bislang nur schwer beurteilen.

Die COP31 braucht keine bahnbrechenden neuen Beschlüsse. Entscheidend ist, dass aus den bisherigen Versprechen endlich Taten werden. Denn ihr Erfolg wird sich daran messen, ob sie die Umsetzung bestehender Verpflichtungen voranbringt, neue Allianzen stärkt und konkrete Schritte für mehr Klimaschutz ermöglicht. Dafür braucht es einen konsequenten Ausstieg aus fossilen Energien, eine tragfähige internationale Finanzierung und eine Transformation, die soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellt.



Tina Blohm
Istanbul

Tina Blohm leitet die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Istanbul und Ankara. Zuvor war sie für die FES in Vietnam, Afghanistan und Bangladesch tätig und arbeitete für die UN, das Afghanische Innenministerium und die NATO.



Yvonne Blos
Berlin

Yvonne Blos ist Referentin für Globale Kooperation und Klimagerechtigkeit bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete sie das regionale Klimaprojekt der Stiftung in Asien und war für den Bereich Monitoring und Evaluierung in der internationalen Arbeit der FES zuständig.